A8

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: **Verwaltung und Digitalisierung**

Text

Eine bürger*innennahe Verwaltung bildet das Rückgrat einer funktionierenden Stadtgesellschaft. Sie ist verantwortlich für die Umsetzung politischer Beschlüsse, bietet zentrale Dienstleistungen an und gestaltet mit, wie lebenswert und gerecht das städtische Leben ist. Vor allem ist sie aber auch der Ort, an dem Bürger*innen dem Staat unmittelbar begegnen. In der Verwaltung wird spürbar, ob Demokratie funktioniert, ob Beteiligung ernst genommen wird und ob Alltagsprozesse verlässlich organisiert sind.

In Dortmund zeigt sich jedoch, dass viele Verwaltungsbereiche überlastet sind. Lange Wartezeiten, eine wachsende Zahl unerledigter Aufgaben und eine schleppende Digitalisierung beeinträchtigen nicht nur die Zufriedenheit der Bürger*innen, sondern auch die Handlungsfähigkeit der Stadt. Die Verwaltung muss daher viel effizienter, transparenter und gerechter arbeiten.

Dafür setzen wir auf umfassende strukturelle Verbesserungen, neue digitale Werkzeuge und eine stärkere Einbindung der Stadtgesellschaft. Wir wollen eine Verwaltung, die nicht nur noch besser organisiert ist, sondern auch nahbar, lernbereit und offen für Innovationen. Prozesse sollen schneller, verständlicher und nutzerfreundlicher werden. Gleichzeitig wollen wir die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden verbessern und die Verwaltung zu einem attraktiven, diversen und verantwortungsbewussten Arbeitgeber machen.

Digitale Lösungen können die Qualität der Verwaltung erheblich verbessern. Sie sparen Zeit, entlasten Mitarbeitende und schaffen neue Zugänge für alle Menschen. Damit dieser Wandel gelingt, müssen digitale Angebote leicht verständlich, barrierefrei und sicher sein. Auch Menschen ohne digitale Endgeräte oder mit Unterstützungsbedarf sollen weiterhin Zugang zu allen

Leistungen erhalten.

Darüber hinaus gestalten wir Dortmund mit Blick auf eine umfassende Gemeinwohlorientierung. Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen und bei Beschaffung, Softwareeinsatz und Infrastruktur auf Nachhaltigkeit, Transparenz und Unabhängigkeit setzen. Open-Source-Lösungen, faire Vergabekriterien und ökologische Standards sind dabei zentrale Instrumente.

Verwaltung und Digitalisierung sind für uns eng miteinander verbunden. Nur wenn beide zukunftsfähig gedacht und verantwortungsvoll umgesetzt werden, kann Dortmund eine handlungsfähige, gerechte und moderne Stadt für alle sein.

Für eine zukunftsfähige Verwaltung

Die Stadtverwaltung bietet zahlreiche Dienstleistungen für die Bürger*innen an, die in den letzten Jahren vermehrt unter langen Wartezeiten leiden. Gleichzeitig ist sie dafür zuständig, politische Beschlüsse vorzubereiten und umzusetzen, wobei die Liste unerledigter Beschlüsse immer länger wird. Um die von der Politik, von Bürger*innen und allen Beteiligten eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung unserer Stadt auch wirksam werden zu lassen, müssen wir die Problematiken in unserer Verwaltung dringend punktuell und kurzfristig strukturell angehen.

Daher werden wir

- eine externe Evaluierung aller wichtigen Verwaltungsprozesse mit Blick auf Zeit- und Kosteneffizienz, Leistungsfähigkeit, Digitalisierung und Bürger*innenfreundlichkeit durchführen lassen und im Sinne einer konsequenten digitalen Transformation dabei auch den Einsatz innovativer Ansätze wie Process Mining in Erwägung ziehen.

- das Ziel verfolgen, die Verwaltung flexibler und agiler aufzustellen.

- zur Optimierung von Prozessen nicht alleine auf eine Neustrukturierung der Verwaltung warten, sondern zweigleisig fahren, indem einzelne Prozesse bei Bedarf extern vergeben und andere Prozesse intern optimiert werden.

- die Bürger*innen an der Weiterentwicklung der Verwaltung mit Blick auf Bürokratieabbau und Bürgerdienste beteiligen, zum Beispiel mit Zukunftswerkstätten oder digitaler Beteiligung, wobei jeder Vorschlag innerhalb eines Zeitraums auf Umsetzbarkeit geprüft werden soll.

- die Öffnungszeiten von Verwaltungsstellen an die Lebensrealitäten der

Menschen anpassen, die im Schichtdienst arbeiten, Kinder oder Angehörige betreuen, oder aus anderen Gründen nicht zu den aktuellen Öffnungszeiten zu den Bürgerdiensten kommen können.

- Informationen zu Dienstleistungen und Bürgerdiensten in allen häufig vorkommenden Sprachen und in leichter Sprache anbieten.

- das neu eingeführte Angebot der Bürgerkoffer ausbauen, womit Bürgerdienstleistungen mobil in Seniorenzentren, gesundheitlichen Einrichtungen, im Gefängnis oder in Ausnahmefällen auch zu Hause angeboten werden können.

- die telefonische Auskunft der DoLine weiterentwickeln, sodass mehr Anliegen direkt geklärt werden können, wozu wir eine Wissensdatenbank aufbauen wollen, mit der die Mitarbeitenden am Telefon die meisten Fragen direkt beantworten können.

- allen Neuankommenden ein Willkommenspaket zukommen lassen, egal ob aus dem Ausland eingewandert oder nur aus der Nachbarstadt nach Dortmund gezogen.

- dafür die Willkommensbroschüre aufwerten, zielgruppenspezifische Gutscheine und Streuartikel der Stadt beilegen sowie Informationen zu Vereinsangeboten und Hilfsangeboten anbieten.

Für gute Arbeitsbedingungen in der Verwaltung

Die Stadt Dortmund ist zusammen mit den städtischen Beteiligungen der größte lokale Arbeitgeber. Dennoch fehlt in einigen Bereichen, vor allem im Planungs- und Baubereich oder im Sozial- und Jugendhilfebereich, zunehmend Personal. Bis 2035 wird zudem ein Anteil von rund 40 Prozent der jetzigen Belegschaft altersbedingt aus der Stadtverwaltung ausscheiden. Wir sehen uns daher in der Verantwortung, die Stadt als guten und attraktiven Arbeitgeber zu stärken und dem Arbeits- und Fachkräftemangel zu begegnen.

Dafür werden wir

- verbesserte Ausbildungsbedingungen durch mehr Geld und günstigen Azubi-Wohnraum sowie eine verlängerte Erprobungsphase des endgültigen Arbeitsbereichs.

- mehr Ausbildungen in Teilzeit bei der Stadtverwaltung und ihren Töchtern anbieten.

- insbesondere Projekte zur Förderung von Hauptschüler*innen ausweiten.
- das Angebot für Führungskräfte in Teilzeit verbessern.
- die Flexibilisierung der Arbeit vorantreiben, unter anderem durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, sodass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird.
- Weiterbildungsmöglichkeiten weiter ausbauen.
- zur Vorbereitung auf die große Renteneintrittswelle und den Fachkräftemangel weiter kreative Ideen ausprobieren, um Arbeits- und Fachkräfte anzuwerben sowie wo möglich auch auf Quereinsteiger*innen setzen und diese anlernen.
- gute berufliche Perspektiven in der Verwaltung für Geflüchtete bieten.
- die Gleichstellung aller Geschlechter in der Verwaltung weiter voranbringen, insbesondere in den Führungspositionen.
- dafür gemeinsam mit dem Gleichstellungsbüro interne Mentoring-Programme und Vernetzungsangebote anbieten, auch für die städtischen Tochterunternehmen.
- darauf hinwirken, dass Vorstände, Aufsichtsräte und Geschäftsführungen in städtischen Tochterunternehmen und den Eigenbetrieben jeweils mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- auch die Gleichstellung von Schwerbehinderten in den Vordergrund stellen.
- Aufgaben- und Tätigkeitswechsel innerhalb des gesamten „Konzerns Stadt“ weiter ermöglichen und durch Fortbildungsangebote unterstützen.
- das betriebliche Gesundheitsangebot weiter fördern, um die Gesundheit der Mitarbeiter*innen zu fördern und die Krankenquote zu senken.
- einen eigenen arbeitsmedizinischen Dienst der Stadt beim Klinikum Dortmund einrichten, da bisher auf externe Dienstleister zurückgegriffen werden muss.
- „Silberne Kompetenzteams“ in der Verwaltung schaffen, um gezielt das Wissen, die Erfahrung und die Netzwerke älterer Beschäftigter zu nutzen.

Für eine gemeinwohlorientierte Kommune

Dortmund trägt Verantwortung. Die kommunale Beschaffung von Waren und Dienstleistungen wirkt sich auf viele Bereiche aus und entscheidet mit, ob Klimaschutzziele erreicht werden oder ob die hiesige Nachfrage zukunftsfähige Entwicklungen fördert. Gleichzeitig muss die kommunale Wirtschaft nach mehr Kriterien als nur nach finanzwirtschaftlichen Kennzahlen bewertet werden, sondern auch Werte einbeziehen und vergleichen, die den gesellschaftlichen Nutzen des unternehmerischen Handelns bilanzieren. Denn die Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

Wir werden dafür

- alle in der Vergabesatzung geregelten Bereiche auf die Kriterien der umfassenden Nachhaltigkeit und Menschenrechte prüfen, bei Bedarf weiterentwickeln und die Anwendung konsequent einfordern.
- dabei weiterhin auch Belange der Tariftreue und Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen.
- bei der Versorgung von Kitas, Schulen, Altenheimen und Kliniken verstärkt auf regionale, ökologische und fair gehandelte Produkte und einen höheren vegetarischen sowie veganen Anteil achten.
- darauf hinwirken, dass die städtischen Unternehmen Gemeinwohlbilanzen erstellen und in Finanzberichten sozial-ökologische Kriterien berücksichtigen müssen und damit neben der Wirtschaftlichkeit auch den Beitrag zum Wohlergehen unserer Gesellschaft messen und bei Bedarf Änderungen anregen.
- dabei die Teilhabe, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit, Lebensqualität, ökologischer Fußabdruck und weitere Kriterien berücksichtigen.
- Geldanlagen mit städtischen Mitteln nur auf Investitionen in ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Anlagen beschränken und Investitionen in Kinderarbeit, Rüstung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verhindern.
- das Ausbildungsangebot der Stadt auch als Beitrag gegen Jugendarbeitslosigkeit und als Vorbild für andere Unternehmen verstehen.

- die Anwendung und Einhaltung des neu aufgestellten Public Corporate Governance Kodex (PCGK) bei den städtischen Töchtern einfordern.

- verstärkt auch Live-Daten als Open Data bereitstellen, um die Mitwirkung der Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Für eine digitale Verwaltung

Die Digitalisierung der Stadtverwaltung spart mittelfristig Arbeitsaufwand und vereinfacht und beschleunigt Prozesse, wodurch die Verwaltungsstrukturen optimiert werden. Als weitere Option für Bürger*innen, die Verwaltung zu erreichen, erleichtert und vereinfacht sie den die Angebote und Zugänge für die Bürger*innen. Daher müssen die begonnenen Digitalisierungsprozesse weitergeführt und weitere Potenziale genutzt werden.

Wir werden

- die Erledigung aller gesetzlich möglichen Behördenanliegen und Bürgerdienste auch online ermöglichen und damit für alle, die die Vor-Ort-Termine bevorzugen, die Wartezeiten verringern sowie die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung entlasten.

- dabei auf eine verständliche, einfache und barrierefreie digitale Umsetzung setzen und den Datenschutz achten.

- sämtliche Prozesse der Stadtverwaltung digitalisieren und sinnvolle Schnittstellen nutzen, um unnötiges Abtippen oder Scannen von Formularen zu verhindern.

- eine digitale Aktenführung in allen Bereichen der Verwaltung anstreben.

- Weiterbildungen für die Mitarbeitenden der Verwaltung anbieten, wenn es durch Digitalisierungsmaßnahmen notwendig wird.

- das Potenzial der digitalen Prozesse dafür nutzen, alle Leistungen mehrsprachig anzubieten.

- auf den Websiten der Stadt einen mehrsprachigen ChatBot zur Unterstützung bei allen Fragen einbauen, zum Beispiel nach dem Vorbild von Erlangen.

- auf den Websiten der Stadt einen mehrsprachigen

  Online-Assistenten für Bürgerfragen (ChatBot) einbauen.

- den sinnvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in dafür geeigneten Bereichen prüfen, dabei auf Grund der aktuellen geopolitischen Verschiebungen sensibel vorgehen, um Datenschutz und Datensicherheit zu garantieren und um ein Ausspähen durch Drittstaaten zu verhindern.

- verstärkt in die Resilienz und Cybersicherheit unserer IT-Infrastruktur investieren, da dort sensible Daten gespeichert werden, die Funktionsweise der Stadt davon abhängt und die Folgekosten nach einem Cyberangriff sehr hoch sein können.

- eigene Kompetenzen im Bereich IT-Sicherheit ausbauen.

- zur Absicherung einer souveränen städtischen Kommunikation eine eigene Mastodon-Instanz**, also einen unabhängigen Kurznachrichtendienst, aufsetzen, wobei diese auch von weiteren städtischen Einrichtungen und Betrieben genutzt werden soll.**

- die Wirksamkeit unserer Social-Media-Nutzung in Bezug auf die Erreichung unserer Zielgruppen (insbesondere junger Menschen und Mitbürger*innen der Stadt) überprüfen, um der Vorbildfunktion der Stadt gerecht zu werden.

- dabei die bekannten Probleme der kommerziellen Plattformen (z.B. mangelnde Rechtskonformität, unzureichende Moderation, schwierige Rechtsdurchsetzung, Manipulierbarkeit) betrachten.

- einen Beirat "Digitalisierung" schaffen, der Expert*innen aus der Zivilgesellschaft mit Mitgliedern aus dem Integrationsrat, Seniorenbeirat, Gleichstellungsausschuss und Behindertenpolitischen Netzwerk zusammenbringt.

Für eine digitale Stadt

Die Digitalisierung ist eine Chance, die verantwortungsbewusst von der Politik gestaltet werden muss, damit alle Menschen gleichermaßen von den positiven Aspekten profitieren können. Wir entwickeln Dortmund zur Smart City. Im Mittelpunkt stehen für uns
eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, der freie und gleichberechtigte Zugang zum Netz für alle sowie der Schutz unserer Privatsphäre und unserer persönlichen Daten, beispielsweise über höchste IT-Sicherheitsstandards. Dies ermöglicht ein freies Handeln im Netz, Innovationen und fairen Wettbewerb.

Daher werden wir

- die digitale Infrastruktur in Dortmund weiter ausbauen, indem wir den flächendeckenden Ausbau von Breitband-Internet und schnellem Mobilfunknetz vorantreiben, um Unternehmen und Bürger*innen den Zugang zu modernen Technologien aus allen Teilen Dortmunds zu ermöglichen.

- die Dortmund-App als leicht zu bedienende, zentrale Anlaufstelle für alle Bürger*innen ausbauen, für Bürgerdienst-Termine, sämtliche Anträge (u.a. für Sozialleistungen), Buchungssysteme sowie Meldung von Mängeln (defekte Beleuchtung, illegale Müllansammlungen, falsch geparkte Fahrzeuge, usw.).

- das kostenlose Internet im Innenstadtbereich und den Stadtteilzentren sowie in allen öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln flächendeckend ausbauen.

- die „Smart-City-Strategie“ der Stadt Dortmund weiter begleiten und insbesondere auf die Bündelung von Systemen, Vernetzung unternehmerischer und wissenschaftlicher Ressourcen, Partizipation der Zivilgesellschaft sowie die Datensicherheit wertlegen und die Daten als Open Data bereitstellen.

- alle Bereiche der Smart-City an die Dortmund-App anbinden.

- bei der Sammlung und Vernetzung der Daten die Überwachung von Bürger*innen und die Einschränkungen ihrer Rechte verhindern.

- Erkenntnisse aus dem bundesweiten Smart City-Programm aus anderen Städten auch in Dortmund in den Blick nehmen und, wo sinnvoll, umsetzen.

- das Thema „Green IT“ dauerhaft im städtischen Arbeitsprogramm des Systemhauses verankern und im Hinblick auf die neuen Herausforderungen weiterentwickeln, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der Soft- und Hardware zu reduzieren.

- die Umstellung der städtischen Server auf Ökostrom fortsetzen.

- bei der Vergabe von Entwicklungsprojekten den Energieverbrauch der Anwendungen als Kriterium anwenden.

- über die Wirtschaftsförderung für Nachhaltigkeit in der Digitalisierung sensibilisieren und das Thema in Förderprogrammen berücksichtigen.

- die Potenziale der digitalen Innovationen zur Erreichung der Klimaziele in den Bereichen Mobilität, Logistik, Strom und Wärme nutzen.

- sämtliche Bereiche der Bauplanung digitalisieren, von Bebauungsplanverfahren, digitaler Einsicht in Pläne und politischen Beschlüssen bis hin zu öffentlichen Auslegungen.

- zusammen mit der Wirtschaftsförderung die Player im Bereich Digitales in der Stadt und Region vernetzen.

- ein kommunales KI-Kompetenzzentrums in Dortmund schaffen.

Für digitale Teilhabe

Die Digitalisierung stellt für viele Bürger*innen eine Herausforderung dar. Damit alle Menschen von den Chancen der digitalen Stadt profitieren können, muss der Zugang, die Barrierefreiheit sowie die Verständlichkeit der digitalen Angebote gesichert sein.

Daher werden wir

- städtische Bildungsangebote zur digitalen Kompetenz stärken, um digitale Souveränität für alle zu ermöglichen.

- die digitale Teilhabe für alle Menschen ermöglichen, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und Nicht-Muttersprachler*innen, indem Verständnisprobleme strukturell vorgebeugt und individuell begegnet werden.

- dabei durch barrierefreie Gestaltungen und Leichte Sprache diskriminierungsfreie Verwaltungsangebote schaffen.

- die die mehrsprachige Kommunikation der Stadtverwaltung ausbauen und dafür sorgen, dass relevante Informationen und digitale Dienste in den häufigsten in Dortmund gesprochenen Sprachen verfügbar sind.

- auch den Menschen, die keine digitale Technik zur Verfügung haben möchten oder können, den Zugang zu den Leistungen der Stadtverwaltung ohne technische Voraussetzung offen halten.

- Programme für ehrenamtliche Digitalpat*innen fördern, die in Kooperation mit Seniorenzentren, Jugendhäusern und Vereinen Menschen mit geringer digitaler Kompetenz unterstützen.

- eine Projekt initiieren um "Digitale Bildungspatenschaften" für Senior*innen stadtweit zu etablieren.

Für Open-Source-Software

Die digitale Transformation ist ein zentrales Thema für die Zukunft Dortmunds. IT-Technologien bieten enorme Potenziale für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Besonders im Bereich der Open-Source-Technologien**, also frei zugänglicher und gemeinsam weiterentwickelbarer Software,** sehen wir große Chancen, sowohl für die Innovationskraft als auch für die Transparenz und Nachhaltigkeit der lokalen Wirtschaft. Eine Open Source Wirtschaft fördert nicht nur den freien Zugang zu Technologien, sondern stärkt auch die digitale Souveränität und Zusammenarbeit. Deshalb wollen wir Dortmund als Open Source Factory etablieren. Dortmund als Open Source Factory bedeutet, die Ansiedlung von neuen Open-Source-Gemeinschaften und die Entwicklung von Open-Source-Produkten durch die Dortmunder Digitalindustrie finanziell und institutionell zu fördern, sowie auf ihren nachhaltigen Einsatz in der öffentlichen Verwaltung hinzuwirken und damit voranzugehen.

Wir haben bereits eine Stelle für Open Source geschaffen und werden einen kurzfristigen Zeitplan für die digital souveräne Stadtverwaltung einfordern. Wir werden außerdem

- eine Open-Source-Initiative für Dortmund starten, um den Einsatz von Open Source-Software und -Technologien in städtischen Institutionen und Unternehmen zu fördern, den öffentlichen Sektor und die lokale Wirtschaft digital zu transformieren und gleichzeitig die Unabhängigkeit von einzelnen Herstellern zu erhöhen.

- dabei mit dem im Ruhrgebiet ansässigen Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) als GmbH in öffentlicher Hand zusammenarbeiten.

- lokale Unternehmen und Start-ups bei der Einführung von Open-Source-Lösungen unterstützen, indem wir Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung stellen, die Unternehmen den Einstieg in die Nutzung und Entwicklung von Open Source-Software erleichtern.

- Open Source als Standard in der städtischen Verwaltung etablieren, indem wir in der Verwaltung und bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt Open-Source-Softwarelösungen einsetzen, um für Transparenz, Nachhaltigkeit und eine niedrigere Abhängigkeit von proprietären Systemen zu sorgen.

- Open-Source-basierte Innovationszentren unterstützen, die als Hubs für den Austausch und die Entwicklung von Open-Source-Softwarelösungen dienen, wobei Entwickler*innen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten sollen, um gemeinsam neue, innovative Technologien zu

entwickeln.

- die Schaffung eines Open-Source-Marktplatzes für Dortmund fördern, auf dem Unternehmen und Institutionen Open-Source-Produkte und -Dienste anbieten können, um zur Verbreitung und Nutzung von Open Source-Technologien in der lokalen Wirtschaft beizutragen.

- den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der Open-Source-Community und Unternehmen fördern, um die Nutzung von Open Source in der Region zu stärken und die lokalen Potenziale für Innovation und Nachhaltigkeit besser zu nutzen.